

# Stolper Post

**Tageszeitung  
für Stadt und Land**



**Ämtliches  
Anzeigen-Blatt**

Die „Stolper Post“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Der Bezugspreis beträgt für den Monat 75 Pfennig; durch die Post bezogen 80 Pfennig ausschließlich Postgebühren. Geschäftsstelle und Schriftleitung: Stolp, Präsidentenstr. 45. Fernsprecher 18.

Anzeigenpreis: Die 7-gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfennig, für Inserenten im Stadtbezirk Stolp 10 Pfennig, für Stellengesuche und Familienanzeigen 25% Nachlag; die 3-gespaltene Reklamezeile 60 Pfennig. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr des Erscheinungstages.

Mit Gott für Volk und Vaterland

Nummer 279

Stolp, Dienstag, den 29. November 1927

51. Jahrgang

## Entspannung im Osten.

Rückzug Polens auf der ganzen Linie.

Berlin, 28. November. Gewisse diplomatische Kreise glauben eine merkliche Entspannung im Ostkonflikt konstatieren zu können. Aus der Tatsache, daß der befürchtete Umsturz in Litauen noch immer nicht erfolgt ist, schließt man, daß von polnischer Seite inzwischen Gegenorder an die litauischen Emigranten in Wilna und an deren Kownoer Anhang ergangen ist, mit anderen Worten, daß der unmittelbar vor seinem Ausbruch stehende Putsch in letzter Minute abgeblasen worden ist. Damit stimmt auch eine heute gleichzeitig allen Völkerverbänden überreichte Note überein, in der erklärt wird, Polen liege jede Absicht fern, die politische Unabhängigkeit oder den territorialen Bestand des litauischen Staates irgendwie zu gefährden. Sein einziger Wunsch sei die Anbahnung normaler nachbarlicher Beziehungen zwischen Litauen im allerfriedlichsten Sinne. (?) Dieser Wunsch habe aber kategorische Ablehnung bei allen litauischen Regierungen gefunden, die durchweg an der Auffassung festhielten, daß das Land sich noch im Kriegszustand mit Polen befinde. Nur um die Beseitigung dieses Zustandes sei es Polen zu tun.

Gleichzeitig veröffentlicht ein Berliner Spätabendblatt Erklärungen, die von maßgebender polnischer Stelle in Berlin, offenbar aus der polnischen Gesandtschaft, stammen und in dem die „lokalen“ Mächte Polens beinahe noch prononcierter unterstrichen werden, als in der oben erwähnten Note. Es heißt dort sogar: „Polen lehne eine Zusammenarbeit mit den litauischen Emigranten in dem Sinne ab, daß Polen mit ihrer Hilfe etwa Litauen annektieren wolle.“

Es handelt sich also um einen Rückzug Polens auf der ganzen Linie. Die Gründe dafür dürften in dem inzwischen erfolgten Eingreifen Frankreichs und Englands liegen. Wir konnten bereits darauf hinweisen, daß die Regierungen in Paris und London, denen im Augenblick ein akuter Konflikt in Osteuropa nicht erwünscht ist, eine Aktion in Kowno und Warschau vorbereiteten. Diese Aktion hat inzwischen stattgefunden, und zwar, wie es scheint, mit dem gleichen Erfolg in Warschau wie auch in Kowno. Denn nach den letzten Meldungen soll auch Woldemaras England und Frankreich die Zusicherung gegeben haben, sich mit Polen zu einigen, diplomatische und konsularische Beziehungen mit Polen aufzunehmen und die Wilnaer Frage zu einem beabsichtigten Zusammenreffen mit Bilsudski während der Genfer Ratstagung offen zu lassen.

Anscheinend soll auch diese Unterredung unter dem Druck Englands und Frankreichs stattfinden, wie überhaupt gerade die letzten Tage wieder einmal gezeigt haben, wie stark die englisch-französische Hegemonie in Europa leider noch immer ist. Daß nicht die russische Drohnote, sondern die Interventionen der Londoner und Pariser Kabinette den Funken, der das Pulverfaß in Osteuropa in die Luft zu sprengen drohte, im letzten Augenblick noch ausgelöscht haben, unterliegt keinem Zweifel. Man muß allerdings festhalten, daß nur eine akute Gefahr beseitigt worden ist, nicht aber der seit Jahren seit der unfinnigen Grenzziehung von Versailles aufgespeicherte Konfliktstoff selbst. Denn wie die Abendblätter weiter berichten, erklärte der litauische Ministerpräsident Woldemaras in einer Unterredung mit einem Pressevertreter auf dessen Frage, ob die gegenwärtige litauische Regierung bereit wäre, durch Verzicht auf Wilna wieder normale Beziehungen zu Polen anzunehmen, mit größter Entschiedenheit, daß keine der litauischen Parteien bereit sei, einen solchen Verzicht auszusprechen, ein allerwenigsten seine eigene Partei. Er sei bereit, normale Beziehungen mit Polen wieder aufzunehmen, wenn eine befriedigende Verständigung mit Polen hinsichtlich Wilnas erreicht und Polen die Bereitwilligkeit zeigen würde, die Unabhängigkeit Litauens zu achten.

Mißglückter Putsch in Kowno.

Riga, 28. November. Nach Meldungen aus Kowno wird bekannt, daß dort gestern ein Versuch unternommen wurde, die Woldemaras-Regierung zum Rücktritt zu zwingen. Zwei Offiziere, ein Oberst und ein Hauptmann, begaben sich zum Ministerpräsidenten Woldemaras und zum Staatspräsidenten Smetona und verlangten im Auftrage der Kownoer Garnison den sofortigen Rücktritt Woldemaras, widrigenfalls sie Gewalt anwenden würden. Es gelang jedoch Woldemaras, die beiden Offiziere verhaften zu lassen. Der Befehlshaber der Kownoer Garnison Petrulis, in dessen Auftrage die beiden Offiziere gehandelt hatten, versuchte zu entfliehen, konnte aber von Woldemaras' Anhängern verhaftet werden. Im Zusammenhang damit haben zahlreiche weitere Verhaftungen von Militärs und Politikern stattgefunden. Der litauische Generalstab hat einen Befehl erlassen, nach dem solche Vergehen mit größter Strenge geahndet werden sollen.

## Die schwarzweißrote Front.

Kleiner Landesparteitag der Deutschnationalen.

Riel, 28. November. Anlässlich des Deutschnationalen Landesparteitages fand am Sonntagvormittag zunächst eine Reihe von Sitzungen der Fachausschüsse statt. Auf der Mittelstandstagung hielt das Hauptreferat Reichstagsabgeordneter Budahn und betonte, daß der Mittelstand nur in den großen politischen Parteien etwas erreichen könne, niemals aber durch eigene Parteigründungen. — In einer Frauenversammlung sprach die Vorsitzende des Reichsfrauenauschusses der Partei, Frau A. Lehmann, über die „Volschewisierung der Frau“. — Bei der deutschnationalen Arbeiterversammlung, in der Reichstagsabgeordneter Behrens über „Deutsche Sozialpolitik“ und Landtagsabgeordneter Küster über „praktische Mitarbeit der Deutschnationalen in der Regierung“ sprachen, wurde eine Entschließung angenommen, die den deutschnationalen Reichs- und Landtagsabgeordneten den Dank der Arbeiterschaft ausdrückt. — Auch die deutschnationale Beamtenchaft hatte sich zu einer Sitzung zusammengefunden.

Der eigentliche Landesparteitag, der vom Landesvorsitzenden Landrat a. D. Rogge eröffnet wurde, begann nachmittags mit einer Rede des Reichsernährungsministers Schiele über die politische Lage. Reichsminister Schiele führte hierbei u. a. aus:

In der Zeit der Gründung der Deutschnationalen Volkspartei im November 1918 schien uns alles genommen, was bis dahin unser Herz erfüllte. Damals setzten wir gegen Lüge und Feigheit, die die Straße beherrschten, unseren Mut und unsere Aufrichtigkeit. Trotz Not und Trübsal der Zeit wurde unsere Aufgabe damals gelöst, weil wir an diese Aufgabe glaubten. Das ist das Ethos, das uns damals erfüllte.

Die Struktur Deutschlands ist durch häuerliche Kolonisation geworden, besonders im Osten. Diese organischen Grundlagen unserer Geschichte haben wir verlassen; statt Kolonisation haben wir Entkolonisierung getrieben und so den notwendigen Nahrungsraum verloren. An die Stelle von Staatspolitik trat eine Geschäftspolitik mit allen unglücklichen Begleiterscheinungen. So ist es gekommen, daß Wirtschaft und Freiheit schwer bedroht sind durch die Passivität unserer Handelsbilanz, die hauptsächlich auf der Nahrungsmittelzufuhr beruht und in diesem Jahre bereits 3,5 Milliarden ausmacht und durch die Passivität unserer Zahlungsbilanz, die 4 bis 5 Milliarden erreicht. Eine zunehmende Verschärfung dieses Zustandes ist unausbleiblich, so lange die Empfänger unserer Reparationstribute bei einem ausgeprochenen Protektionismus beharren, der unsere Reparationsverpflichtungen in ein akutes Stadium bringen muß. Das Bedenklichste ist unsere Abhängigkeit in der Nahrungsbeschaffung. Das eigene Brot und die eigene Freiheit bedingen sich gegenseitig. Auch alle Außenpolitik steht so lange auf tönernen Füßen, als unsere Ernährungsfrage von den Börsen des Auslandes abhängt. Ein Volk hat nur soviel Recht in der Welt, wie es im eigenen Boden wurzelnde Macht besitzt. Das Wichtigste für unsere Sanierung ist eine gesunde Handelspolitik, die nur durch unsere eigenen Interessen bestimmt werden kann; Hand in Hand damit muß, unter der notwendigen Hilfsleistung von Reich und Ländern, eine energische Selbsthilfe der deutschen Landwirtschaft einsetzen. Untrennbar ist der Zusammenhang zwischen einer ernsthaft aufgestellten Wirtschaftspolitik und der großen deutschen Nationalpolitik.

Die Vereinigten Vaterländischen Verbände für Schwarzweißrot.

Berlin, 28. November. In Berlin trat die Reichsvertretertagung der Vereinigten Vaterländischen Verbände Deutscher Land zu. Nach Referaten u. a. des Grafen v. d. Goltz wurden Entschließungen angenommen, in denen der Beschluß des Gesamtvorstandes gebilligt wird, nach dem die in den V. V. V. zusammengeschlossenen Verbände bereit sind, unter besonderen Bedingungen die ihnen nahestehenden politischen Parteien im nächsten Wahlkampf zu unterstützen. Diese Bedingungen sind:

Keine Koalition mit der Sozialdemokratischen Partei, Eintreten für die Revision der Dawes-Gesetze, Ablehnung eines Ost-Loacarno, Erhaltung der Unversehrtheit der Reichswehr, Anerkennung der auch vom Stahlhelm gestellten Bedingungen, nämlich Widerruf der Kriegsschuldfrage, Wiedereinführung der schwarzweißroten Reichsfarben, Erklärung des 18. Januar als Reichsfeiertag, Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich.

Die Parteien sollen sich endlich verpflichten, Persönlichkeiten der nationalen Bewegung an aussichtsreiche Stellen ihrer Wahlvorschläge zu setzen auf Grund örtlicher Verhandlungen in den Wahlkreisen. In einer weiteren Entschließung wird die Auslegung der Flagenfrage durch den Präsidenten des Köpffhäuser-Bundes aufs tiefste bedauert. Für die V. V. V. seien die alten Farben nicht ein Symbol der Vergangenheit, sondern Sinnbild eines freien und mehrfachen Deutschlands.

Die V. V. V. fähen in der vielfachen Ablehnung der Anordnung in den Reihen der Kriegervereine Zeichen des Willens zum Festhalten an der schwarzweißroten Front und an dem Bekenntnis zur deutschen Zukunft. Eine dritte Entschließung ruft angesichts der von den preussischen Studentenschaften durch den Ministerialerlaß vom ersten Oktober verlangten Entscheidung alle nationalen Studenten auf, die Forderung des preussischen Kultusministers abzulehnen.

Das Wahlprogramm des Stahlhelms.

Magdeburg, 28. November. Der Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, hielt vom 26. bis 27. November in Magdeburg eine Bundesvorstandssitzung ab. Die Stellungnahme des Stahlhelms zu den nächsten Reichstagswahlen wurde in folgender, einstimmig gebilligter Entschließung, festgelegt:

Der Stahlhelm sieht im heutigen Parlamentarismus und in der Parteiwirtschaft den Grundschaden unseres Verfassungslebens. Deshalb lehnt er eine Empfehlung bestimmter Parteien ab. Er kann nur solche Wahlvorschläge unterstützen, auf denen im Einbernehmen mit den Landesverbandsführern ausgewählte Stahlhelmtameraden an sicherer Stelle aufgestellt sind.

Die Landesverbandsführer werden aufgefordert, auf die Bildung der schwarzweißroten Einheitsfront gegen die international-pazifistisch-marxistischen Kräfte hinzuwirken.

## Einheitsmehrheit in Braunschweig.

Das Ergebnis der Landtagswahlen.

Die am Sonntag in Braunschweig abgehaltenen Landtagswahlen haben eine Einheitsmehrheit ergeben. Das vorläufige amtliche Ergebnis lautet: Sozialdemokraten 128 195 (1924: 103 463 und USPD. 1719), Deutschnationale 26 229 (51 289), Deutsche Volkspartei 39 705 (47 526), Wirtschaftliche Einheitsliste 22 196 (23 030), Demokraten 12 692 (14 775), Kommunisten 12 942 (12 527), Nationalsozialisten 10 320 (9474), Braunschweigisch-Niederfachische Partei 3366 (8791), Zentrum 4600 (4359), Haus- und Grundbesitzer 12 270 (4359), Volksrechtspartei 4658.

Die Sitze verteilen sich hiernach wie folgt: Sozialdemokraten 24 (19), Kommunisten 2 (2), Demokraten 2 (2), Deutschnationale 5 (10), Deutsche Volkspartei 8 (9), Wirtschaftsverband 4 (4), Haus- und Grundbesitzer 2 (0), Braunschweig-Niederf. Partei 0 (1), Nationalsozialisten 1 (1), Zentrum und Volksrechtspartei bekommen, ebenso wie die Braunschweigisch-Niederfachische Partei, keinen Sitz.

Danach haben die Deutschnationalen fünf Sitze verloren (1), die Deutsche Volkspartei einen, die Braunschweigisch-Niederfachische Partei ihren bisherigen einzigen Sitz. Gewonnen haben die Sozialdemokraten vier Sitze, die Nationalsozialisten einen. Neu hinzugekommen ist die Partei der Haus- und Grundbesitzer mit zwei Sitzen.

Die Kreis- und Gemeindevahlen in Anhalt.

Halle, 28. November. Nach Mitteilungen des Statistischen Landesamtes in Dessau haben bei den Kreistagswahlen in Anhalt gestern insgesamt erzielt Kommunisten 15 308 Stimmen und 5 Mandate, Sozialdemokraten 75 992 Stimmen und 37 Mandate, Bürgerliche und Demokraten zusammen 16 023 Stimmen und 7 Mandate und die Einheitsliste 75 904 Stimmen und 36 Mandate.

Das Ergebnis der Gemeindevahlen in Mecklenburg.

Schwerin, 28. November. Nach den hier vorliegenden Ergebnissen der gestrigen Gemeindevahlen in Mecklenburg sind in den Städten Goldberg, Malchow, Briel, Feldberg Ribniz, Tessin, Fürstenberg, Wolbeck und Grabow bürgerliche Mehrheiten zustande gekommen. In Schwann ist die bisher sozialistisch-kommunistische Mehrheit gebrochen worden, in Rehna sieben sich sechs Bürgerliche und sechs Sozialdemokraten, in Bölow neun Bürgerliche und neun Sozialdemokraten gegenüber. Die Wahlbeteiligung war außerordentlich stark und betrug durchschnittlich 80 Prozent.

## Die Verräter Schlageters festgestellt!

Berlin, 28. November. Vor dem Einzelrichter des Amtsgerichtes Berlin-Mitte, Amtsgerichtsrat Dr. Büchert, begann heute vormittag der seinerzeit vertagte Beleidigungsprozess, in dem sich der Führer der Formation „Einigkeit“, der Freikorpsführer Heinz Oscar Hauenstein, zu verantworten hatte. Zu Hauensteins Formation gehörte bekanntlich der von den Franzosen im Ruhrkampf erschossene Leo Schlageter. Hauenstein hatte in zwei Versammlungen in Berlin erklärt, daß Schlageter von zwei ehemaligen Angehörigen des obereschlesischen Selbstschutzes, Göthe und Schneider, verraten worden sei.

In der heutigen Verhandlung erklärte Hauenstein auf Verlangen des Vorsitzenden, daß er seine Vorwürfe aufrecht erhalten müsse. Als erster Zeuge wurde dann Göthe vernommen, der behauptete, daß es ihm später gelungen sei, den eigentlichen Verräter, der auch Schneider heiße, Wilhelm Schneider aus Essen, zu ermitteln. Die vom Untersuchungsrichter in dieser





